

Die kritischste Tagung der Vereinten Nationen

DR. MAX BEER, NEW YORK

Sonderberichterstatler der Deutschen Gesellschaft für die Vereinten Nationen

Aus dem Inhalt: Organisation der Tagung und der Versammlung — Die Generaldebatte — Antikolonialistische Beschlüsse — Deutschland und Berlin — Das Problem der Kernwaffenversuche — Die große Kubakrise — U Thants Eingreifen und Verhandlungen — Rolle der Vereinten Nationen bei der Beendigung der Atomkriegsgefahr und Regelung der verbleibenden Probleme — Lehren der Krise für die Zukunft der Weltorganisation — Der Tod Eleanor Roosevelts.

Einleitung

Ein Bericht für die Novembernummer dieser Zeitschrift sollte normalerweise eingehend die erste Hälfte der am 18. September eröffneten 17. ordentlichen Tagung der Generalversammlung beschreiben und hierbei die Atmosphäre wiedergeben, in der sie sich entwickelt, in Erwartung der sich voraussichtlich Ende November und im Dezember abspielenden Ereignisse, der dann nach allen Mutmaßungen eintretenden Krise, die im Zusammenhang mit dem Berliner Problem, dem etwaigen Erscheinen Chruschtschows in New York und seiner möglichen Zusammenkunft mit dem Präsidenten Kennedy den Höhepunkt und vielleicht den Wendepunkt der Tagung und des weltpolitischen Geschehens bedeuten könnte und in dem die Tagung zusammenfassenden Gesamtbericht für die Januarnummer ihre Darstellung finden würde.

Dieses Programm und damit auch der Zeitpunkt für die Abfassung des Novemberberichtes haben sich inzwischen *verschoben*. Der Höhepunkt, die große Krise, stellte sich in der letzten Oktoberwoche ein, eine Krise, die nicht Berlin, aber dennoch in vollem Umfang das die Welt beherrschende Verhältnis zwischen West und Ost anging, die *größte Krise*, die wir seit dem Zweiten Weltkrieg erlebt haben, eine Krise, welche die Weltorganisation und mehr noch die Welt auf das gewaltigste erschütterte, die Menschheit zum erstenmal dem Abgrund des atomaren Vernichtungskrieges unheimlich nahe brachte, die im Augenblick, da wir diesen Bericht absenden, zwar überwunden scheint, aber dennoch nicht völlig verronnen ist. Sie hat jedenfalls jetzt bereits tiefe Spuren im Leben der Organisation und im Weltgeschehen hinterlassen, nach niederdrückenden Befürchtungen, die sie auslöste, Hoffnungen oder immerhin neue Ausblicke eröffnet, die sich aus den ihr vorangehenden Vorgängen der Tagung nicht voraussehen ließen. Noch ist alles im Fluß, noch ist manches zu befürchten, vieles dunkel. Aber was in der letzten Oktoberwoche und in diesen ersten Tagen des November geschah, hat unzweifelhaft die der Krise vorangegangenen Wochen und Monate in den Hintergrund treten lassen.

Wir glauben daher, daß es angezeigt ist, diese frühere Periode so kurz wie möglich zusammenzufassen, um, wenn nötig, in dem Januarbericht das Gesamtbild zu vertiefen, und in diesen hinstürmenden Stunden zunächst die jüngsten Ereignisse gebührend zu berücksichtigen.

I. Der bisherige Verlauf der Versammlungstagung

1. Organisation der Versammlung und der Vereinten Nationen

Nach langen Vorverhandlungen und Manövern unter den Gruppen gab sich die Versammlung ihr Präsidium, und wählten die Hauptausschüsse ihre Vorsitzenden, stellvertretenden

Vorsitzenden und Berichterstatler. Mit 72 Stimmen gegen 27 für den Gegenkandidaten, den Vertreter Ceylons, Professor *Malasekera*, wurde *Sir Muhammad Zafrulla Khan*, Chefdelegierter Pakistans, früher Mitglied des Internationalen Gerichtshofes und vorher bereits Vertreter seines Landes in den UN, zum Präsidenten gewählt. Auf Grund eines regionale Vertretung sichernden Schlüssels wurden ihm 13 Vizepräsidenten beigelegt — außer den Vertretern der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Frankreichs, Großbritanniens und Nationalchinas, d. h. den ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates, die Delegierten Australiens, Belgiens, Guineas, Haitis, Jordaniens, Kolumbiens, Madagaskars und Rumäniens. Die Hauptausschüsse wählten zu Vorsitzenden die Vertreter des Sudan (Politischer und Sicherheitsausschuß), Ecuadors (Politischer Sonderausschuß), Polens (Wirtschafts- und Finanzausschuß), Indiens (Ausschuß für Soziale, Humanitäre und Kulturelle Fragen), Guatemalas (Treuhandausschuß), der Niederlande (Verwaltungs- und Haushaltsausschuß) und Griechenlands (Rechtsausschuß), und zwar gaben sie im Gegensatz zu den Wahlen der Vizepräsidenten der Versammlung, in denen *Länder* vorgeschlagen werden, ihre Stimmen für *Personen* ab. Der Präsident, die Vizepräsidenten der Versammlung und die Vorsitzenden der Hauptausschüsse bildeten hierauf den *Präsidialausschuß*, der der Versammlung die endgültige Tagesordnung empfahl, wobei sowohl in diesem Gremium als dann auch im Plenum vorwiegend die folgenden Themen, bevor sie in das Arbeitsprogramm aufgenommen wurden, zu lebhaften Auseinandersetzungen führten: China, die Kolonialfragen, Abrüstung, Südafrika, Korea und Ungarn.

Was die Organisation der *Vereinten Nationen* selbst betrifft, so waren die Hauptereignisse die *Aufnahme sechs neuer Mitgliedstaaten* nach vorangegangener einmütiger Empfehlung durch den Sicherheitsrat, nämlich bereits in der ersten Versammlungssitzung die Aufnahme Burundis, Ruandas, Jamaikas und Trinidad-Tobagos, später Algeriens und Ugandas, womit die Weltorganisation auf 110 Mitglieder anwuchs, sowie die *Wahlen in den Sicherheitsrat*, wo der gegenwärtige Sitz der Vereinigten Arabischen Republik nach mehreren Wahlgängen Marokko zufiel, das 93 Stimmen gegen 35 für Nigeria erhielt, ein Kampf, der wie manche anderen Kämpfe während der Tagung sich steigende Gegensätze zwischen Arabern und Afrikanern, Nordafrikanern und schwarzen Afrikanern offenbarte und die von vielen Rednern, namentlich dem algerischen Premierminister Ben Bella proklamierte These von der afrikanischen Einheit und auch die früher viel gerühmte Kohäsion der afrikanisch-asiatischen Gruppe erschütterte. Die beiden anderen nichtständigen Ratsmitglieder, deren Amtsdauer ablief, Chile und Irland, wurden durch *Brasilien* und *Norwegen* ersetzt. Ein vierter Sitz wurde dadurch frei, da im Vorjahre nach ergebnislosem Wettbewerb um die erforderliche Zweidrittelmehrheit zwischen Rumänien und den Philippinen dem ersteren Staat der Sitz für ein Jahr übergeben und für das zweite Jahr der regulären zweijährigen Amtsdauer dem zweiten versprochen worden war; die Versammlung achtete dieses „Gentleman-agreement“ und wählte die Philippinen.

Bei den Ersatzwahlen für den Wirtschafts- und Sozialrat konnte endlich *Österreich*, das seit Jahren hierauf hingewirkt hatte, in dieses die offiziell nichtpolitisch genannten Tätigkeiten der UN beherrschende Organ einziehen, während *Liberia*

in den infolge des Abbaus des Treuhandsystems zusammengeschrumpften Treuhandrat einzog.

2. Die Generaldebatte

Die diesjährige Generaldebatte der Versammlung begann am 20. September. 91 Delegationschefs, darunter zahlreiche Premierminister und Außenminister, ergriffen das Wort, und außerdem hielten mehrere feierlich in der Versammlung begrüßte Staatsoberhäupter als Gäste der Vereinten Nationen Ansprachen, die zuweilen wenig in Inhalt und Ton von den Reden ihrer Vertreter in der Generaldebatte abwichen. Zu ihnen gehörte der Präsident von Pakistan, *Muhammad Ayub Khan*, der Präsident Kubas, *Dorticos*, und der Präsident Guineas, *Sekou Touré*. Der algerische Premierminister *Ben Bella* wurde, obgleich geringeren Ranges, ebenfalls mit den Ehren eines Staatsoberhauptes empfangen, um gleichfalls nichtsdestoweniger eine ausgesprochen polemische Rede zu halten, die wie die Ausführungen seines Außenministers *Mohammed Khemisti* die scharfe antikolonialistische und sozialistische Entwicklung des neuen Staates unterstrichen.

Die Generaldebatte endete am 18. Oktober, nachdem alle die Vereinten Nationen und das Weltgeschehen berührenden Probleme in oft übermäßig langen Reden behandelt worden waren: die Abrüstungsfrage und das Problem der Beendigung der Atomwaffenteste, Volkschina und sein Krieg gegen Indien, die Rassenprobleme in Südafrika, die noch bestehende Kolonialherrschaft in portugiesischen und britischen Besitzungen oder Protektoraten, Wirtschaftshilfe, Welthandelskonferenz, und hierbei der Gemeinsame Markt, angegriffen von Kommunisten und Afro-Asiaten, aber oft in einer Linie mit den Westeuropäern verteidigt von den Frankreich nahestehenden neuen afrikanischen Staaten, das Palästina-Problem, ausgehend von der Flüchtlingsfrage, aber von den Arabern in seinem gesamten Umfang aufgeworfen in heftigster Polemik gegen Israel, dessen Vertreterin die Außenministerin *Golda Meir* mit erneuten und wieder zurückgewiesenen Vorschlägen über gemeinsame Abrüstung entgegnete. In den meisten Reden wurde das *Deutschland- und Berlinproblem* behandelt in drohendem, unversöhnlichem Tone von den Kommunisten und in verständnisvollen und das Selbstbestimmungsrecht fordernden Ausführungen europäischer, lateinamerikanischer und afrikanischer sowie einiger asiatischer Delegierter. Die deutsche Beobachtermission bei den UN, an deren Spitze seit Beginn der Tagung der bisherige Protokollchef in Bonn, Botschafter *Sigismund von Braun*, steht, nachdem der bisherige ständige deutsche Beobachter *Heinrich Knappstein* nach erfolgreichem Wirken hier den Botschafterposten in Washington angetreten hatte, dürfte diese Entwicklungen, an denen sie nicht unbeteiligt war, mit Genugtuung verfolgen.

Die bedeutungsvollsten Reden im Verlauf der Generaldebatte hielten *Stevenson*, der amerikanische Chefdelegierte, der sowjetische Außenminister *Gromyko*, der britische Außenminister *Lord Home* und der belgische Außenminister *Spaak*, welcher letzterer in rhetorisch und geistig ungemein eindrucksvollen Wendungen die *Geburt Europas* und die deutsch-französische Aussöhnung feierte. Diese beiden Ereignisse machten auf die übrige von den Afro-Asiaten und ihren neutralistischen Tendenzen beherrschte Versammlung tiefen Eindruck, und mancher Beobachter mochte sich der Hoffnung hingeben, daß, so gering die zahlenmäßige Vertretung Europas in den UN auch ist, und so sehr sich die Abwesenheit eines geeinigten Deutschland fühlbar macht, die Konsolidierung des freien Europa, das, um ein Wort *Spaaks* zu erwähnen, seine Bürgerkriege eingestellt hat, Spuren in der weiteren Entwicklung der Weltorganisation hinterlassen könnte. Im übrigen waren keine Ergebnisse der Generaldebatte für die Überwindung der Gegensätze in der Welt und in den UN bei ihrem Abschluß zu verspüren; positiv konnte man nur werten die Stärkung der Stellung des Amtierenden General-

sekretärs, dem viele Delegierte ihr Vertrauen aussprachen und den, abgesehen von nicht mehr sehr ernst genommenen Tiraden über die Troika, die Kommunisten schonten, nachdem seine Reise nach Moskau zunächst mit deutlichen Gegensätzen zwischen ihnen und U Thant geendet hatte.

3. Versammlungsbeschlüsse

Am 21. September nahm die Generalversammlung eine von den Niederlanden und Indonesien gemeinsam eingebrachte Entschließung an, durch welche die in dem am 15. August von den beiden Staaten am Sitz der Vereinten Nationen unterzeichneten Abkommen der Weltorganisation übertragenen Funktionen in *Westneuguinea* gebilligt wurden. 89 Delegationen stimmten für sie, keine dagegen, aber 14 enthielten sich der Stimme, weil die Übertragung der Verwaltung an Indonesien der erst für später vorgesehenen Volksabstimmung vorangeht. Eine Reihe von Afrikanern kritisierte lebhaft diese Verletzung des Selbstbestimmungsrechts.

Am 5. Oktober nahm die Versammlung einstimmig eine Entschließung über Hilfeleistung an den von *Erdbeben heimgesuchten Iran* und über internationale Zusammenarbeit in Untersuchungen über Ursprung von Erdbeben und Vorbeugungs- und Wiedergutmachungsmaßnahmen an.

Eine nicht unmittelbar im Plenum behandelte, sondern vorher in der Treuhandkommission erörterte Entschließung, die am 12. Oktober mit 83 Stimmen gegen die Portugals und Südafrikas bei 12 Enthaltungen und Nichtbeteiligung Großbritanniens an der Abstimmung angenommen wurde, verlangte sofortige Freilassung von *nationalistischen Führern in Südrhodesien* und Aufhebung des über die *Zimbabwe African People's Union* verhängten Verbotes.

Am 23. Oktober wurde eine vom Wirtschafts- und Sozialrat empfohlene Entschließung einstimmig angenommen, welche die Gründung der *„Dag-Hammarskjöld-Stiftung“* für Ausbildung von Bürgern der Entwicklungsländer für verantwortungsvolle Ämter begrüßt. Drei Tage später nahm die Versammlung in einer mit 66 Stimmen bei 11 Stimmenthaltungen angenommenen Entschließung von dem unschlüssigen Bericht der mit der Erforschung der *Ursachen des Todes Hammarskjölds* betrauten Kommission Kenntnis.

Am 31. Oktober wurde nach Vorberatung in der Treuhandkommission mit 81 gegen die Stimmen Portugals und Südafrikas bei 19 Stimmenthaltungen und Nichtbeteiligung Großbritanniens eine scharfe Entschließung von der Versammlung gebilligt, welche die sofortige Suspendierung der Maßnahmen für das Inkrafttreten der neuen Verfassung *Südrhodesiens*, eine verfassunggebende Konferenz für eine andere Verfassung und Zubilligung unbeschränkter Rechte an die Bevölkerung sowie unter Mitwirkung des Generalsekretärs Verhandlungen mit Großbritannien und den Parteien fordert.

Die in Ton und Inhalt heftigste und in ihren etwaigen Auswirkungen schwerwiegendste aller Kolonialentschlösungen, welche die Versammlung bisher annahm, ist eine aus Beratungen des Politischen und Sicherheitsausschusses hervorgegangene Entschließung vom 6. November, die *Südafrikas Rassenpolitik* verurteilt, Abbruch der diplomatischen Beziehungen, Boykott der Häfen und Flugzeuge, der Waren Südafrikas und eine entsprechende Sperre von seiten der anderen Regierungen verlangt, außerdem ein besonderes Komitee für Überwachung der Rassenpolitik einsetzt und schließlich den Sicherheitsrat auffordert, gegebenenfalls Maßnahmen zum *Ausschluß Südafrikas aus den Vereinten Nationen* zu treffen. Es war die letztere Bestimmung, die viele Staaten, die im übrigen die südafrikanische Rassenpolitik bekämpften, zur Ablehnung der Entschließung oder zur Stimmenthaltung veranlaßte. Den 67 den Text annehmenden Delegationen standen 16 ihn verwerfende gegenüber, darunter die *Vereinigten Staaten, Großbritannien und Frankreich*; unter den 23 Stimmenthaltung Übenden befanden sich Österreich und Italien.

Am gleichen Tage nahm die Versammlung zwei Entschlüsse über die *Einstellung der Kernwaffenversuche* an, die in langen Debatten des Politischen und Sicherheitsausschusses zustande gekommen waren. Die *erste*, eingebracht von 37 Delegationen, vorwiegend Afrikanern und Asiaten, will Einstellung solcher Versuche spätestens ab 1. Januar 1963, Verhandlungen zwischen den Atommächten auf Grund des Genfer Memorandums der acht Neutralen, Zusammentreten der Genfer Achtzehnerkonferenz spätestens am 12. November und Bericht an die Versammlung über die Einstellung der Versuche am 10. Dezember. Sie verlangt, daß, falls bis zum 1. Januar 1963 nicht eine Vereinbarung über alle Versuche in der Atmosphäre, im Raum unter dem Wasser und unter der Erdoberfläche möglich sei, ein Abkommen in bezug auf die drei ersten Versuchsgebiete abgeschlossen werde sowie ein „Zwischenabkommen“ im Hinblick auf das vierte Gebiet mit Maßnahmen für die Feststellung seismischer Erscheinungen durch eine internationale wissenschaftliche Kommission. Die EntschlieÙung wurde mit 75 Stimmen widerspruchlos, jedoch bei 21 Stimmenthaltungen angenommen: im Lager der *Stimmenthaltung* Übenden befanden sich mit den *Vereinigten Staaten* die verbündeten Europäer, aber auch die *Sowjetunion* und ihr Anhang, die ersteren, weil der Text der Inspektion keine Rechnung trägt, die letzteren, weil er nicht alle Versuche vorbehaltlos umfaßt.

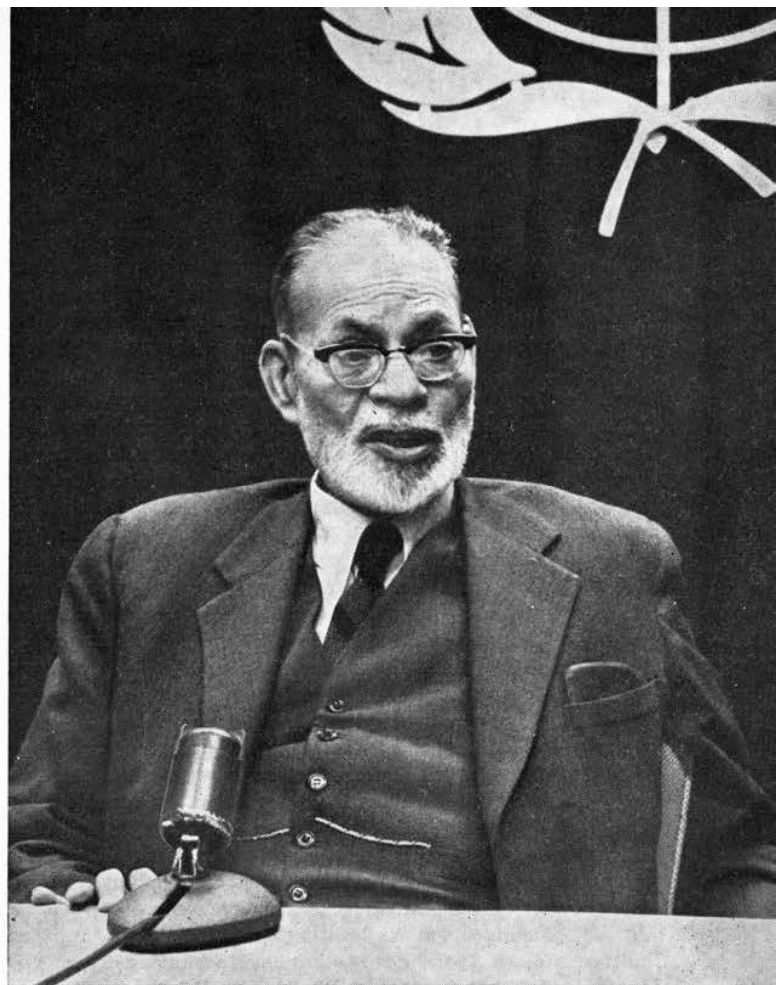
Die *zweite* EntschlieÙung, die von den Vereinigten Staaten und Großbritannien vorgeschlagen worden war, will, daß die Achtzehnerkonferenz einen Vertrag mit *wirksamer und prompter internationaler „Verifizierung“* über das Verbot aller Kernwaffenversuche in jeder Umgebung und für immer anstrebe und daß die verhandelnden Mächte sich über ein *frühzeitiges* Datum für das Inkrafttreten einigen, wobei nicht nur das neutrale Memorandum, sondern alle anderen Vorschläge zu berücksichtigen seien. Der amerikanisch-britische Text enthielt zuerst auch einen Passus über einen Zwischenvertrag, der aber zurückgezogen wurde, nachdem die ihm zugrunde liegenden Gedanken auf Kanadas Vorschlag in die erste EntschlieÙung aufgenommen worden waren. Die zweite EntschlieÙung wurde mit 51 gegen die 10 kommunistischen Stimmen bei 40 Stimmenthaltungen angenommen.

Keine EntschlieÙung zur *Chinafrage* kam zustande, da am 30. Oktober die Generalversammlung nach langer Debatte im Plenum einen von der Sowjetunion eingebrachten EntschlieÙungsantrag *ablehnte*, der Nationalchina in allen Organen der Vereinten Nationen durch Volkschina ersetzen wollte. 42 Delegationen stimmten für den Antrag, 56 dagegen, und 12 enthielten sich der Stimme. Die Zurückweisung des Antrages mit mehr Stimmen als im Vorjahre war zum größten Teil auf die *chinesische Aggression gegen Indien zurückzuführen*, wenn auch die indische Delegation ihrer bisherigen Haltung treu blieb und für Volkschinas Zulassung eintrat. Bei einer Reihe von Gegnern des Antrages war mitentscheidend, daß der Text nicht die Möglichkeit offen ließ, *beiden China* die Mitgliedschaft zu gewähren. Die Ablehnung war zum guten Teil den Frankreich nahestehenden *afrikanischen Staaten* zuzuschreiben, die sich in diesem Falle wie bei anderen Gelegenheiten von der *afro-asiatischen Gruppe trennten*.

Es darf schließlich in diesem vorläufigen Überblick erwähnt werden, daß im Gegensatz zu den Tagungen der Jahre 1961 und 1960 die *Südtiroler Frage* nicht Gegenstand einer VersammlungsentschlieÙung war. Sie wurde im Verlaufe der Generaldebatte von den Außenministern Österreichs und Italiens behandelt, von Dr. Bruno Kreisky am 25. September und von Attilio Picconi am 28. September: Beide stellten fest, daß die *direkten Verhandlungen* fortgesetzt werden.

II. Die große Krise

Der Leser wird, so kurz wir uns auch faÙten, ungeduldig über die Schilderung der organisatorischen, rednerischen und be-



Muhammad Zafrulla Khan, Pakistan, wurde am 18. September 1962 mit 72 Stimmen zum Präsidenten der 17. Generalversammlung gewählt.

schlußfassenden Tätigkeiten dieser Versammlungstagung hinwegglitten sein — mit derselben Ungeduld, die das Tempo des Verfassers dieses Berichtes beherrschte —, weil ihm, wie uns allen bewußt war, daß diese ordnenden, kämpferischen und beschließenden Leistungen schnell hinweggeschwemmt, nutzlos uns vergessen geblieben wären, hätte die große Krise nicht, für viele unerwartet, eine Beschwichtigung gefunden, mit einer vorläufigen Regelung geendet, welche die Welt und die Weltorganisation vor der Vernichtung bewahrte.

Es kann hier nicht unsere Aufgabe sein, den Ausbruch, den Höhepunkt und die Überwindung der Krise, die nunmehr jedem Bewohner der Erde bekannt sind, in ihren Einzelheiten zu schildern. Unsere Pflicht jedoch ist es, die Rolle der Vereinten Nationen hierbei und die Folgen der großen Krise für ihr künftiges Wirken, soweit das heute bereits möglich ist, zu erforschen.

1. Die Debatten des Sicherheitsrates

Die Krise, der allergrößte Zusammenstoß zwischen den beiden großen Atommächten, wurde der erschütterten Welt bekannt, als der Präsident der Vereinigten Staaten in seiner historischen Fernseh- und Rundfunkrede an das amerikanische Volk erstens über die durch die Anhäufung von sowjetischen Offensivwaffen — Raketen und Bomben — auf der Insel Kuba und zweitens über die weitreichenden amerikanischen Gegenmaßnahmen — Blockade, teilweise Mobilmachung, Bereitstellung der Atomwaffenabwehr in den amerikanischen Stützpunkten — unterrichtete. *Sie gelangte gleichzeitig glücklicherweise vor die Vereinten Nationen* dank der Initiative der Vereinigten Staaten, welche die Einberufung des damals von der Sowjetunion präsiidierten Sicherheitsrates forderten und dem Rat einen EntschlieÙungsantrag vorlegten, der als vorläufige Maßnahme sofortigen Abbau und Zurückziehung aller Raketen und anderer Offensivwaffen aus Kuba forderte, den

Generalsekretär ermächtigte, ein Beobachterkorps der UN nach Kuba zu entsenden, das die Durchführung der Entschließung sichern und hierüber berichten sollte, die Einstellung der Quarantänemaßnahmen gegen Militärtransporte nach Kuba nach Durchführung der Entschließung verlangte und schließlich dringend den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion empfahl, über Maßnahmen für die Entfernung der Bedrohung der Sicherheit in der westlichen Hemisphäre und des Weltfriedens zu konferieren und hierüber dem Rat zu berichten. Die Sowjetunion und Kuba verlangten ihrerseits Einberufung des Rates, zu welchem Zweck der sowjetische Ratspräsident Valerian Zorin die Sitzung verzögerte. Eine Sowjetentschließung, die sofort vorgelegt wurde, wollte das Vorgehen der Vereinigten Staaten als Verletzung der Satzung und als Erhöhung der Kriegsgefahr verurteilen, von den Vereinigten Staaten die Zurücknahme ihres Entschlusses, die Schiffe anderer Staaten zu inspizieren, die Einstellung ihrer Einmischung in die inneren Angelegenheiten Kubas und anderer Staaten, die eine Friedensbedrohung sei, verlangen, um zum Schluß die Vereinigten Staaten, die Republik Kuba und die Sowjetunion zur Herbeiführung von Kontakten und Verhandlungen zum Zwecke der Normalisierung der Lage und damit der Entfernung der Kriegsgefahr aufzufordern. Kuba, das als Nichtmitglied keinen Entschließungstext einbrachte, legte in seiner die Einberufung des Rates fordernden Note dar, daß die Seeblockade einen *Kriegsakt* darstelle und diese „einseitige und direkte Aggression“ der Höhepunkt einer Reihe von Aggressivhandlungen gegen die Revolutionsregierung Kubas und das kubanische Volk darstelle.

In vier Sitzungen am Nachmittag des 23. Oktober, am Vormittag und am Abend des 24. und am Nachmittag des 25. Oktober — Sitzungen in einem bis auf den letzten verfügbaren Platz überfüllten Saal, in einer Atmosphäre äußerster Erregung und Spannung, wie sie die UN niemals, auch nicht in der großen Suezkrise des Jahres 1956 gekannt hatten — erlebte man zunächst den kaum erträglichen, auf allen Gemütern lastenden Druck der unmittelbaren, vielleicht nicht mehr anzuhaltenden Gefahr des vernichtenden Weltkrieges und schließlich eine von hörbarem Aufatmen, nicht nur der Anwesenden, sondern der Menschheit außerhalb des Saales begleitete Entspannung und Reinigung der Stimmung. Kein Teilnehmer wird diese Debatten je vergessen.

Sie begannen am ersten Tag mit den ausführlichen, den großen Konflikt in all seinen Einzelheiten und mit allen denkbaren Argumenten schildernden Darlegungen des amerikanischen Chefdelegierten Stevenson — dem allerdings, seine Präsidialpflichten verletzend, der Sowjetdelegierte Zorin vorzugreifen suchte —, dann Zorins und schließlich des Kubaners Dr. Mario Gariva-Inchaustegui. Sie wurden fortgesetzt am Vormittag des zweiten Tages mit Reden des einen der beiden Vertreter Lateinamerikas im Rat, Dr. Carlos Sosa Rodriguez, Venezuela, des Briten Sir Patrick Dean, die sich hinter die Vereinigten Staaten stellten, des stellvertretenden rumänischen Außenministers Mircea Malitza, der Zorins These aufnahm, und des irländischen Außenministers Frank Aiken, der aus den Schlußsätzen beider Entschließungen, die Verhandlungen vorsahen, die Hoffnung auf Rettung des Friedens schöpfte, „bevor es zu spät sei“. Das nervenschütternde Drama nahm dann nach einer der Feier des „Tages der Vereinten Nationen“ gewidmeten Pause am Abend seinen Fortgang zunächst mit Reden des neuen französischen Chefdelegierten Roger Seydoux, der wie am Vormittag der Engländer sich als treuer Verbündeter Amerikas erwies, des Nationalchinesen Liu Chieh, der die gleiche Haltung einnahm, des zweiten lateinamerikanischen Ratsmitgliedes Daniel Schweitzer, der sich in dem Kampf der die westliche Hemisphäre bedrohenden Gefahr auf die Seite der Vereinigten Staaten stellte und ein Eingreifen des Generalsekretärs in dieser gefährlichen Stunde befürwortete, sowie der Vertreter der Vereinigten Arabischen Republik, Mahmoud Riad, und Ghanas,

Alex Quaison-Sackey, die großes Verständnis für Kuba und Zweifel an der amerikanischen Aktion äußerten und dieser Einstellung entsprechend eine vermittelnde Entschließung einbrachten, die auf Konferenzen der neutralistischen Staaten zurückging. Sie forderte den Generalsekretär auf, so gleich mit den direkt beteiligten Staaten über sofortige Schritte zur Entfernung der bestehenden Bedrohung des Weltfriedens, zur Normalisierung der Lage im Karibischen Meer zu verhandeln, während die Parteien sich jeder Handlung enthalten sollten, die mittelbar oder unmittelbar die Lage verschärfen könnte.

Drei Entschließungen lagen damit vor; aber keine gelangte zur Abstimmung, denn nun griff U Thant — nach Demarchen von 40 bis 50 Delegationen — in die Entwicklungen ein. Und von diesem Augenblick an konnte man in der Tat aufatmen. Ein entscheidender Wendepunkt war eingetreten.

U Thant, in dessen Person plötzlich Dag Hammarskjöld eine Wiederauferstehung erlebte, verwies auf die ungeheure Verantwortung der Vereinten Nationen in dieser Schicksalsstunde. „Zeigt sie sich heute unwirksam, so wird sie ihre Unwirksamkeit für immer bekundet haben!“, rief er aus. Das Schicksal der Menschheit stehe auf dem Spiele. Sich auf die allen drei Entschließungen innewohnenden gemeinsamen Elemente berufend, nämlich das Verlangen nach Verhandlungen, teilte er mit, daß er durch Vermittlung der ständigen Delegierten Amerikas und der Sowjetunion an Präsident Kennedy und an Chruschtschow eine gleichlautende Botschaft gesandt habe, in der er für Zeitgewinn zur friedlichen Lösung der Krise plädierte, während zwei bis drei Wochen die freiwillige Einstellung der Transporte nach Kuba und der „Quarantäne“ anregte und seine guten Dienste für Verhandlungen zur Verfügung stellte. Mündlich richtete U Thant gleichzeitig an den Präsidenten Kubas, Dorticos, und an Premierminister Castro den Appell, während der Verhandlungsperiode den Bau und die Entwicklung von wichtigsten militärischen Installationen auf Kuba einzustellen. Alle drei Parteien forderte er auf, sofort, noch in dieser Nacht, in Verhandlungen einzutreten, ungeachtet anderer Prozeduren. Er schloß seine aufsehenerregende und tiefbewegende Erklärung mit einem Zitat einer berühmten Rede Hammarskjölds über die Pflichten des Generalsekretärs und der Mitgliedstaaten sowie mit der Bitte, Zorn und Stolz zurückzustellen. — Nur der Weg der Verhandlung und des Kompromisses kann den Weltfrieden in diesem kritischen Augenblick sichern, beteuerte er.

Der dritte Tag brach an. Als der Rat am Nachmittag des 25. Oktober zusammentrat, war aller Zorn und aller Stolz noch nicht verschwunden. Man mußte noch manche lebhaft Polemik hören, einer Ablehnung des Sowjetrussen, daß es Raketen in Kuba gibt, der sensationellen Vorführung authentischer Photographien durch Stevenson, der Anklage des Russen, daß es sich um Fälschungen handelt, beiwohnen. Aber die Bekanntgabe der Antworten des Präsidenten Kennedy und des Premierministers Chruschtschow auf U Thants Botschaft durch Stevenson und Zorin kündigte den Übergang der großen Krise in den Beginn einer Regelung an. Kennedy, der die Friedensbedrohung auf die geheime Einführung offensiver Waffen zurückführte und ihre Entfernung als notwendige Maßnahme bezeichnete, erkannte U Thants Demarche an und erklärte, daß Stevenson mit ihm Vereinbarungen für präliminare Gespräche sofort erörtern werde. Chruschtschow begrüßte gleichfalls die Initiative des Generalsekretärs und stimmte mit dessen Vorschlägen überein, „welche den Erfordernissen und Interessen der Welt entsprechen“. Angesichts der Bedeutung dieser Kundgebungen, die eine Zeitlang noch infolge der von Zorin entfesselten Polemik verwischt blieb, aber dann, nachdem im Rat der Nachweis der tückisch abgelegneten Raketeninstallationen überwältigend erbracht worden war, um so klarer in das Bewußtsein aller Anwesenden am Ratstisch, in den Presse-, den

Publikumsgalerien und den Diplomatenbänken eindrang, wurde nach neuen kleinen Gefechten auf Antrag der Vertreter der Vereinigten Arabischen Republik und Ghanas die Ratssitzung vertagt, damit U Thant seine Vermittlungstätigkeit ausführen könne.

2. U Thants Verhandlungen

Diese Tätigkeit hat vom 25. Oktober bis zum Tage, an dem wir endlich diesen Bericht abschließen können, ununterbrochen angedauert.

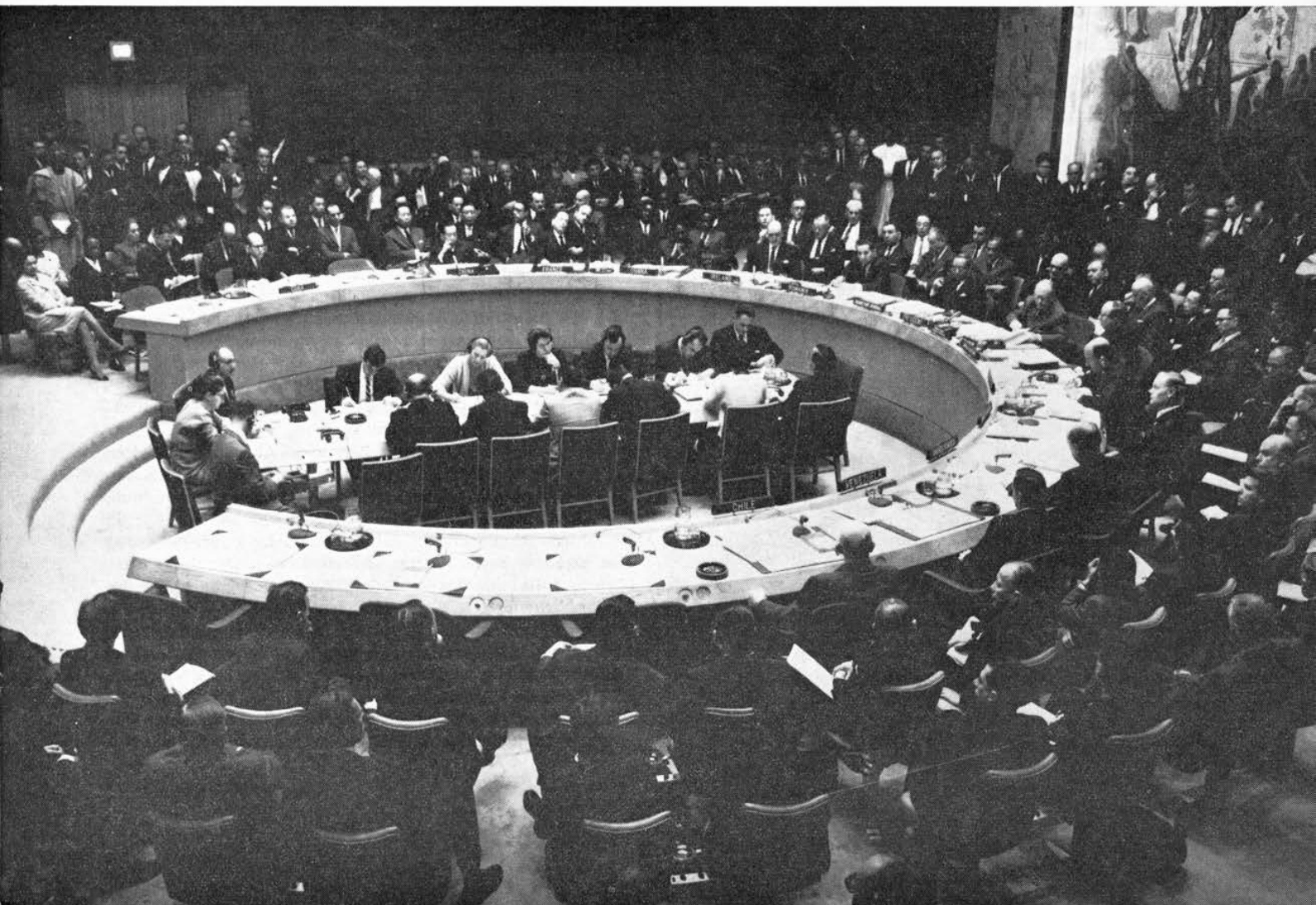
Sie fand ihren Ausdruck in neuen Botschaften des Generalsekretärs an Kennedy und an Chruschtschow, in der Übermittlung der Antworten der einen Seite an die andere, in einer Reise U Thants nach Kuba, in seinen Verhandlungen mit den Vertretern der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Kubas sowie mit den Abgesandten des Roten Kreuzes, dessen Mitwirkung eine Zeitlang als nützlicher Ausweg erschien.

Die erneuten Botschaften und Antworten vom 25. und 26. Oktober verzeichneten ein *Einvernehmen zwischen Kennedy und Chruschtschow*, demzufolge *die sowjetischen Schiffe der Blockadezone fernbleiben und die Vereinigten Staaten eine direkte Konfrontation vermeiden würden*. In einem Botschaftenwechsel zwischen U Thant und Castro vom 27. und 28. Oktober, in dem letzterer mit Vorbehalten die Vorschläge des Generalsekretärs annahm und ihn nach Havana einlud, befanden sich die *5 Punkte*, die späterhin die weiteren Verhandlungen erschweren sollten. Castro verlangte 1. die Einstellung der Wirtschaftsblockade Kubas durch die Vereinigten Staaten, 2. die Einstellung sogenannter subversiver Tätigkeiten, 3. die Einstellung der „Piratenangriffe“, 4. die Einstellung der Verletzung des kubanischen Luftraumes und 5. die *Rückgabe des amerikanischen Flottenstützpunktes in Guantanamo*. In dem direkten Botschaftenwechsel zwischen Kennedy und Chruschtschow wurde die Situation inzwischen

dahin geklärt, daß die Sowjets in den Abbau ihrer Raketenbasen in den Abtransport der offensiven Waffen und in die Inspektion durch die UN einwilligten und die Amerikaner für diesen Fall sich bereit erklärten, keine Invasion Kubas vorzunehmen und die Blockade einzustellen.

Die Hoffnungen, die sich an den Besuch U Thants in Havana knüpften, erfüllten sich jedoch nicht. Verhandlungen, die er dort, begleitet von dem Untergeneralsekretär Omar Loutfi, früher Delegierter der Vereinigten Arabischen Republik, dem brasilianischen Untergeneralsekretär und Chef der Informationsdienste Tavares de Sa und dem indischen Militärberater General Rikhye mit dem Präsidenten Dorticos und Castro zwei Tage lang führte, blieben ergebnislos; U Thant mußte mit einem großen Stab der Mitarbeiter, von denen ursprünglich eine Anzahl zur Organisierung der Inspektion zurückbleiben sollte, nach New York zurückkehren. Die kubanische Regierung lehnte jede „einseitige“ Inspektion auf ihrem Gebiete ab und hielt sich an die 5 Punkte. Auch eine lang dauernde Mission des sowjetischen Vizepremierministers Mikojan in Kuba, die, wie es hieß, Castro für die Inspektion gewinnen sollte, scheiterte. U Thant jedoch setzte seine Verhandlungen mit den Amerikanern Stevenson, seinem Vertreter Charles Yost und dem Sonderabgesandten Washingtons John McCloy, mit dem eigens nach New York gekommenen Vizeaußenminister Vassily Kuznetsow und Zorin sowie mit einem neuen Vertreter Castros, Lechuga, fort. Das Problem des Abbaus der Raketen und ihres Abtransportes wurde inzwischen erheblich gemildert durch die Luftinspektion der Amerikaner und die Einwilligung der Sowjets nach einer Kontrolle ihrer heimfahrenden Transporte durch die amerikanische Flotte. Offen blieb nicht nur das Verlangen der Vereinigten Staaten nach Inspektion an Ort und Stelle, nach Einbeziehung der sowjetischen Bombenflugzeuge in die abzutransportierenden Offensivwaffen und nach Inspektion

Der Sicherheitsrat trat am 23. Oktober 1962 zur Erörterung der Kuba-Frage zusammen. Das Bild zeigt die erste Sitzung.





UNITED NATIONS BOND

No 28

THE UNITED NATIONS, for value received, hereby promises to pay to

The Government of the Federal Republic of Germany

or registered assigns, the sum of Ten Million Dollars

In the instalments and on the respective dates set forth on the reverse hereof, in such coin or currency of the United States of America

as at the respective times of payment is legal tender for public and private debts, and to pay interest from 15 October 1962 on the principal sum from time to time remaining outstanding and unpaid on this Bond in like coin or currency at the rate of two per centum (2%) per annum, payable annually on 15 January 1963 and on each 15 January thereafter until payment of said principal sum has been made or duly provided for

This Bond is one of an authorized issue of bonds in an aggregate principal amount equivalent to \$15,200,000,000 known as the United Nations Bonds (hereinafter called the Bonds), issued pursuant to General Assembly resolution 1739 (XVI) of 20 December 1961 and subject to Bond Regulations No.1 dated 1 January 1962, made thereunder. The text of said resolution and of said Bond Regulations No.1 is printed on the reverse hereof

Payment of principal of, and interest on, the Bonds shall be made to the registered holders thereof by cheque mailed or delivered to their respective addresses shown in the register of holders maintained at United Nations Headquarters

Any Bond may be transferred by the registered holder thereof at United Nations Headquarters upon presentation and surrender of such Bond for cancellation, accompanied by a proper instrument of assignment or transfer, and upon any such transfer a new Bond or Bonds of like tenor, of authorized denominations, expressed in the same currency and in an aggregate principal amount equal to the principal amount remaining outstanding and unpaid on the Bond so presented and surrendered, will be issued to the transferee, provided, however, that the United Nations shall not recognize any transfer unless the transferee is a government or institution to which the Bonds were authorized to be offered by said resolution 1739 (XVI) of the General Assembly

The Bonds shall be subject to prepayment at the election of the United Nations, as a whole at any time or in part from time to time, upon not less than 45 nor more than 60 days written notice to the holder, mailed or delivered to their respective addresses shown in the register of holders maintained at United Nations Headquarters. In case of partial prepayment, each such prepayment shall be a uniform proportion of the original principal amount of each Bond expressed in the currency in which such Bond shall be expressed, and shall be credited to the instalments of repayment of such Bond in the inverse order of maturity

UNITED NATIONS

(Signed) [Signature] Acting Secretary-General
(Counter-signed) [Signature]
Date 15 October 1962

neuer nach Kuba gehender Transporte. Der Versuch, der auf sowjetische Anregungen zurückging, das Rote Kreuz zur Mitwirkung bei der Regelung der letzten Frage zu gewinnen, blieb nach mehrtägigen Verhandlungen, die der frühere Präsident des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz, Botschafter Paul Ruegger, im Sekretariat mit U Thant, seinen Ratgebern und Vertretern der drei beteiligten Staaten führte, auch ergebnislos. In den täglich geführten Verhandlungen bei U Thant geht es jetzt darum, diese verschiedenen Probleme zu lösen und dabei dem sowjetisch-kubanischen Verlangen nach Garantien der Unabhängigkeit und dem Verlangen der westlichen Hemisphäre nach Garantien gegen kubanische Subversion und Aggression Rechnung zu tragen. Die einen Forderungen scheinen nicht ohne Annahme der anderen zu verwirklichen zu sein.

3. Vorläufiges Ergebnis des Eingreifens der Vereinten Nationen

Unter allgemein weltpolitischen Gesichtspunkten will man in der Kubakrise in erster Linie eine Kundgebung des amerikanischen Willens, der sowjetischen Provokation durch Entfaltung äußerster Macht entgegenzutreten, und in dem hierauf erfolgten Rückzug Chruschtschows den Sieg dieser Politik der Vereinigten Staaten, die allein den Frieden erhalten konnte, erblicken. Man folgert weiter daraus, daß es sich um eine Machtprobe und dann um eine Vereinbarung unter den großen Weltmächten handelte, und daß hierbei die Vereinten Nationen, vor allem aber die sie beherrschende Mehrheit der Neutralisten und Kommunisten, entgegen all ihrem bisherigen übermutigen Vordrängen in ihre der politischen Wirklichkeit zuwiderlaufende wahre Position zurückgedrängt worden waren.

Diese Auslegung der jüngsten kritischen Vorgänge ist zweifellos in einem gewissen Maße berechtigt. Aber es wäre ein verhängnisvoller Irrtum, über ihr zu vergessen, daß ohne die

U Thant übergibt am 17. Oktober 1962 Botschafter von Braun, dem neuen Beobachter der Bundesrepublik bei den Vereinten Nationen, den Anteilschein . . .



. . . über 10 Millionen Dollar für die von der Bundesrepublik getätigte Zeichnung der 200-Millionen-Anleihe. (Vgl. S. 191)

Vereinten Nationen, ohne die schnelle Überweisung des Konfliktes an den Sicherheitsrat, ohne die von dem Generalsekretär ergriffene Initiative die Machtprobe vielleicht nicht mit einer friedlichen Lösung geendet hätte.

Die Vereinten Nationen haben in den ersten kritischen Stunden die Kontakte zwischen Washington und Moskau ermöglicht. Sie haben den Ausweg für die Sowjetunion, die nachgeben mußte, geschaffen. Sie haben die besonders schwierige Frage der Einschaltung Castros in eine Regelung — eine Frage, die noch keine endgültige Antwort gefunden hat — gemildert. Man sagt, daß die Generalversammlung ohnmächtig beiseite stand; sicher hat sie sich, abgesehen von Anspielungen auf den Konflikt bei ihren Abrüstungsdebatten, nicht seiner bemächtigt. Aber die neutralistischen Staaten, die immerhin eine bedeutsame Fraktion der Versammlung darstellen, haben durch ihre Vermittlungsentschließung im Rat, durch ihr Einwirken auf U Thant, der ihnen nahesteht, eine wichtige Rolle spielen können. Und in den im Augenblick nach Beseitigung der eigentlichen Kriegsgefahr noch besonders schwierigen Verhandlungen sind die Vereinten Nationen, sei es auch zeitweilig nur dank der unterbrochenen Zusammenkünfte der Parteien mit U Thant, weiterhin eine ständige Gewähr, oder bescheidener ausgedrückt, Hoffnung dafür, daß der Konflikt nicht wieder in den Weltfrieden gefährdende größere Krisen ausartet. War die Energie der Vereinigten Staaten unbedingt eine Voraussetzung für die Ret-

tung der Welt vor dem Atomkrieg, so war die Existenz der Vereinten Nationen zweifellos eine andere Voraussetzung hierfür. *Wie im Suezkonflikt vor vier Jahren war das Zusammenwirken der Großmachtspolitik mit der Möglichkeit, welche die organisierte Nationengemeinschaft bietet, der Weg zu einer Lösung.*

Schlußbetrachtung

Wir möchten diesen ohnehin infolge der Krise verschleppten und fragmentarischen Bericht ohne weitere Erwägungen und Ausblicke abschließen. Die Tagespresse wird ihn ergänzen, bis wir in dem die Gesamttagung behandelnden Januarbericht einen abgeklärteren und zuverlässigeren Überblick bieten können. Wir glauben, daß wir heute uns mit der Feststellung begnügen dürfen, daß vielleicht ein neues Kapitel im Wirken der Vereinten Nationen beginnt. Die große Krise, die wir hinter uns haben — wir hoffen jedenfalls, daß sie in ihren gefährlichsten Episoden überwunden ist —, kann, wenn die Versammlung, wenn die Mitgliedstaaten sie richtig einschätzen, zu einer *Neuprüfung der Beziehungen der Vereinten Nationen zu der äußeren wirklichen Welt* führen — zu einer Mäßigung der Leidenschaften und Extravaganzen, die sich in den Beratungen über die eigentliche Tagesordnung Luft

machten, zu einer *Anpassung* der übertriebenen Ansprüche der einen an die realen Kräfte der anderen. Sie kann, wenn sie ein vorsichtiges und fruchtbares Gespräch zwischen West und Ost über andere die Welt zerreißen Probleme erleichtert, den Vereinten Nationen möglicherweise ein *neues Gesicht* geben, das verantwortungsvoller der Zukunft der Menschheit anstatt den Sonderinteressen ihrer Mitglieder zugewandt ist.

Zu dieser Entwicklung mag vielleicht die große Harmonie beitragen, die alle Mitgliedstaaten, welches auch immer ihre Gegensätze zu den anderen waren, in einer bisher nie erlebten Stimmung der Brüderlichkeit nach dem Tode *Eleanor Roosevelts* vereinte. Als die Generalversammlung der Lebensgefährtin des Präsidenten Roosevelt, der ehemaligen Präsidentin der Menschenrechtskommission, der Urheberin der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte, der Vorkämpferin für die Ideale der Weltorganisation, in der denkbar rührendsten Huldigung gedachte, wohnte man zum ersten Male — noch eindringlicher als nach dem Tode des anderen großen Vorkämpfers, Hammarskjöld, den die Sowjets bekämpft hatten — einem gefühlsmäßigen universellen Aufschwung bei, von dem man glauben möchte, daß er Spuren hinterläßt in der künftigen internationalen Zusammenarbeit.

(Abgeschlossen am 16. November 1962)

Die Deutschland- und Berlinfrage in der 17. Generalversammlung

I

Welche Rolle die Deutschland- und Berlinfrage in den Generaldebatten der Vereinten Nationen spielt, verdeutlicht am besten ein Vergleich in Zahlen: Während der Generaldebatte der 15. Generalversammlung (1960) erörterten von insgesamt 80 Rednern nur 22 das Deutschlandproblem; während der Generaldebatte der 16. Generalversammlung (1961) äußerten sich von ebenfalls 80 Rednern 74 zu dieser Frage; während der Generaldebatte der 17. Generalversammlung (1962) sprachen von 93 Rednern noch 59 zu diesem Thema.

Diese Gegenüberstellung zeigt, daß das Deutschland- und Berlinproblem weiterhin zu den zentralen Fragen der Weltpolitik gehört, wenngleich ein gewisses Nachlassen der Bereitschaft, dazu Stellung zu nehmen, nicht übersehen werden sollte.

Die Gründe für diese Entwicklung sind in erster Linie in der Verschärfung der Spannung unmittelbar nach der Errichtung der Berliner Mauer im August 1961 und der gewissen „Gewöhnung“ hieran im Herbst 1962 zu suchen. Während die Ereignisse von 1961 auch geographisch und politisch fernab gelegenen Ländern die potentielle Friedensbedrohung beängstigend deutlich vor Augen führten, machte sich 1962 neben der auch weiterhin bestehenden Furcht vor einer neuen akuten Berlinkrise wieder stärker die Neigung bemerkbar, sich aus dem Kalten Krieg herauszuhalten und dieses heiße Eisen zu meiden.

II

Besonders auffällig war in diesem Jahr die Zurückhaltung der *lateinamerikanischen Staaten*: Hatten sich 1961 insgesamt 15 lateinamerikanische Delegierte zur Deutschlandfrage geäußert, so waren es in diesem Jahr nur noch 8. Wenn es auch verständlich erscheint, daß angesichts der sich anbahnenden Kubakrise die meisten lateinamerikanischen Vertreter ihr Hauptaugenmerk auf die Spannungen innerhalb der westlichen Hemisphäre richteten, so ist es umso höher zu bewerten, wenn die Sprecher Guatemalas und Paraguays mit unmißverständlicher Deutlichkeit die kommunistische Diktatur in der Zone verurteilten. Der Delegierte Paraguays führte unter anderem aus: „Wenn ich an diese Mauer denke,

die errichtet wurde, um die Bewohner von Berlin daran zu hindern, frei ihren Willen auszudrücken, so kann ich nur Bewunderung und Sympathie für die unzähligen Tausende von Deutschen aufbringen, die unter Einsatz ihres Lebens sich entschlossen haben, für ihre eigene Person das Recht auf Selbstbestimmung zu suchen und nach Westberlin zu fliehen.“

Obwohl auch die Delegierten der *afrikanischen Staaten* in diesem Jahr das Deutschlandproblem weniger häufig erwähnten — 1961 waren es 20, 1962 nur 17 —, beweist gerade die gleichbleibende Zahl derjenigen afrikanischen Sprecher, die für das deutsche Volk die freie Ausübung der Selbstbestimmung forderten, daß insbesondere dieser deutsche Anspruch auf dem afrikanischen Kontinent Verständnis findet. Am eindrucksvollsten wurde dies von dem Sprecher der zur Gruppe der UAM-Staaten (Union Africaine et Malgache) gehörenden Republik Obervolta ausgesprochen: „... Seit dieser Zeit wurde die Mauer oft mit dem Blut der Märtyrer befleckt, die ihr Leben für die Freiheit opfereten und der Welt zeigten, daß es im Laufe der Jahrhunderte immer Barbaren waren, die sich mit Mauern umgaben, um ihre schändlichen Taten zu verbergen... Ich wiederhole hier, daß mein Land die Ansicht vertritt, daß die einzige gerechte Lösung sowohl für Berlin wie auch für Deutschland die demokratische und freie Entscheidung des souveränen deutschen Volkes sei. — Einige bezeichnen die Existenz von zwei deutschen Staaten als Realität. Die Berliner Mauer zeigt deutlich, daß es nur ein deutsches Volk, und daher nur ein Deutschland gibt.“

Die allgemein größere Behutsamkeit bei der Behandlung der Deutschland- und Berlinfrage war sogar in den Stellungnahmen der Ostblock-Vertreter spürbar. Die längst bekannten Forderungen nach der Umwandlung Westberlins in eine „Freie Stadt“ und dem Abschluß eines Friedensvertrages wurden wiederholt, die Verleumdungen der Bundesrepublik um einige Varianten bereichert — neue Vorschläge erfolgten jedoch nicht. Wie sehr sich der Ostblock auf eine nichtssagende Hetzkampagne beschränkte, zeigen besonders die Erklärungen des ukrainischen Delegierten, von denen nur ein